

# RAT

## Beschlussvorlage

**TOP: Aufhebung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Märkischen Kreis und der Stadt Lüdenscheid zur Wahrnehmung von rettungsdienstlichen Aufgaben in Teilbereichen der Gemeinden Schalksmühle und Herscheid**

**Vorgesehene Beratungsfolge:**

Bau- und Verkehrsausschuss

**Termine:**

10.06.2009

**Beschlussvorschlag:**

Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Lüdenscheid und dem Märkischen Kreis zur Wahrnehmung von rettungsdienstlichen Aufgaben in Teilbereichen der Gemeinden Schalksmühle und Herscheid vom 28.02.2002 wird aufgehoben.

**Begründung:**

Auf Grundlage des Ratsbeschlusses der Stadt Lüdenscheid vom 04.02.2002 und des Kreistagsbeschlusses vom 06.12.2001 wurde am 28.02.2002 die öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Lüdenscheid und dem Märkischen Kreis zur Wahrnehmung von rettungsdienstlichen Aufgaben in Teilbereichen der Gemeinden Schalksmühle und Herscheid geschlossen.

Gemäß § 2 Abs. 1 der Vereinbarung bestimmen sich Art und Umfang der Aufgabenwahrnehmung insbesondere nach den Festlegungen des Rettungsdienstbedarfsplanes für den Märkischen Kreis. Zum Zeitpunkt der Vereinbarung bestimmte der Rettungsdienstbedarfsplan für die jeweiligen Rettungsmittel einer Rettungswache einen festen Einsatzbereich. Abweichungen in den genannten Teilbereichen mussten deshalb in Form der Beauftragung geregelt werden.

Durch den Rettungsdienstbedarfsplan des Märkischen Kreises vom 01.01.2006 ist der Vereinbarung inzwischen die Grundlage entzogen worden. Die Rettungsmittel haben zwar weiterhin ihren zugewiesenen Einsatzbereich, können aber von der Kreisleitstelle auch in anderen Bereichen eingesetzt werden, wenn dort gerade kein geeignetes Rettungsmittel zur Verfügung steht oder die Einsatzstelle schneller vom Rettungsmittel eines anderen Einsatzbereiches angefahren werden kann.

Der Märkische Kreis hat bereits mitgeteilt, dass er vorbehaltlich der Entscheidung der politischen Gremien einer Aufhebung der Vereinbarung zustimmt. Eine entsprechende Beschlussvorlage wird parallel zur heutigen Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses dem Kreisausschuss vorgelegt.

Das Rechnungsprüfungsamt hat der Aufhebung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zugestimmt.

Lüdenscheid, den .06.2009

In Vertretung:

Theissen  
Beigeordneter